

Autor: Uwe Lueb
Gesprächspartner: Ralph Brinkhaus
Redaktion: Evi Seibert SWR Studio Berlin
Sendung: Samstag, 28.11.2020, 18.30 - 18.40 Uhr, SWR

SWR Interview der Woche vom 28.11.2020

SWR: Bundeskanzlerin Merkel hat gesagt, wenn wir alle aufeinander Acht geben, kommen wir durch die Krise. Das klingt sehr menschlich, aber ist das nicht ein bisschen dünn?

R.B.: Das zeigt, dass der erste Schritt, um aus der Krise herauszukommen, natürlich Eigenverantwortung ist. Und die kann uns niemand abnehmen. Die kann auch eine Politik nicht vorschreiben. Wir müssen alle auf uns achten, den Abstand bewahren, die Masken aufsetzen, Hygiene einhalten und ehrlich gesagt, auch wenn es vielleicht nicht gesetzlich oder durch Verordnungen vorgeschrieben ist: Man kann auch so Kontakte reduzieren - auf die Dinge, die unbedingt notwendig sind. Und insofern ist das erstmal ein Appell an Eigenverantwortung und für eine demokratische Gesellschaft ist das auch der erste Schritt.

SWR: Sind Sie mit allen Corona-Maßnahmen einverstanden, die jetzt neu sind? Ist das der große Wurf?

R.B.: Nein, es ist nicht der große Wurf, das muss man ganz klar sagen. Es ist eine Fortschreibung dessen, was wir gehabt haben, was dazu beigetragen hat, dass wir keinen weiteren Anstieg hier gehabt haben. Aber was nicht dazu beigetragen hat, dass die Zahlen zurückgehen. Es sind ein paar ergänzende Maßnahmen dazugekommen. Die halte ich auch für vernünftig. Das heißt, eine erweiterte Maskenpflicht, auch noch mal die Kontakte weiter zu reduzieren im privaten Bereich. Aber wir haben meines Erachtens noch kein überzeugendes Konzept im Bereich Schule. Es ist auch noch schwierig, zumindest bundesweit, eine einheitliche Regelung zu sehen im Bereich, wie man mit Pflegeheimen umgeht. Und was mich besonders betrübt, ist die Sache, dass für die Hotspots, das heißt für die Landkreise, wo es wirklich brennt, wo die Infektionszahlen wirklich sehr hoch sind, es keine bundeseinheitliche Strategie gibt. Das auf die lokalen Gesundheitsämter zu delegieren, führt zu Überforderung. Und dementsprechend hätte ich mir schon gewünscht, dass wir dort eine vernünftige Strategie jetzt auch bundesweit entwickelt hätten, das ist nicht passiert. Und deswegen sage ich, auch noch wegen einiger anderer Punkte: Ich hoffe wirklich, dass es reicht. Aber ich habe die Befürchtung, dass es nicht reichen wird. Wie gesagt, ich wäre ein glücklicher Mensch, wenn ich nicht Recht hätte und es tatsächlich reichen würde, aber ich bin da extrem besorgt.

SWR: Zehn Menschen aus mehreren Haushalten sollen sich über Weihnachten und Silvester treffen können. Verspielen wir damit nicht leichtfertig das, was wir uns dann vorher mühsam erarbeitet haben? Der SPD-Politiker Lauterbach sagt schon, das ist riskant. Der Vorsitzende des Weltärztebundes Montgomery hat im SWR-Interview gesagt, die geplante Öffnung sei Wahnsinn, wenige Wochen danach müssten einige das mit ihrem Tod bezahlen.

R.B.: Es ist zumindest nicht ganz ungefährlich. Und jetzt muss man eine Güterabwägung machen. Weihnachten hat eine extrem hohe Bedeutung als Familienfest, als Fest, wo sich Generationen treffen. Übrigens, es gibt Großeltern, die haben monatelang ihre Enkelkinder nicht gesehen. Das macht ja auch was mit den Menschen. Das muss man sicherlich beachten. Es ist ein christliches Hochfest mit einer enormen Bedeutung für die Christen in diesem Land. Da wird viel zu wenig drüber geredet. Und dass man da etwas lockert, das ist meines Erachtens vertretbar. Was ich nicht verstehe, ist, dass man also auch noch Silvester mit einbezieht, weil Silvester ist nicht Familie, Silvester ist nicht das christliche Fest, Silvester ist Party und da bin ich echt konservativ. Also Familie ist mir da wichtiger als Party. Und insofern Weihnachten, ja, und ob wir tatsächlich diese Zehn-Menschen-Grenze aus mehreren Haushalten halten können, das hängt auch davon ab, wie die Entwicklung jetzt im Dezember sein wird.

SWR: Also kann es sein, dass noch nachgeschärft werden muss Richtung Silvester?

R.B.: Also ich war erstaunt, mit welcher Bestimmtheit man bei der Ministerpräsidentenkonferenz die Beschlüsse gefasst hat, wo man dann gesagt hat wir machen jetzt schon eine klare Ansage, was Weihnachten und Silvester passiert. Ich wäre da etwas vorsichtiger gewesen.

SWR: Kanzleramtschef Braun hat dem Sender RTL gesagt, das gehe jetzt bis März so weiter. Teilen Sie die Einschätzung?

R.B.: Also ich teile auch die Einschätzung der Bundeskanzlerin, die von vier sehr harten Monaten gesprochen hat. Und ich glaube nicht, dass wir im Januar oder Februar unser normales Leben wieder zurückkriegen, das wird tatsächlich dauern. Ich hoffe aber mal, dass wir einfach auch Fortschritte erzielen und dass wir wieder eine etwas größere Leichtigkeit kriegen. Weil das ist ja auch so ein Problem: Uns geht ja jede Leichtigkeit abhanden. Wir überlegen uns, wo man hingehet, man überlegt sich, mit wem man sich trifft. Und wenn man sich mit jemanden trifft, dann hält man Abstand und das macht natürlich was mit uns. Und deswegen müssen wir uns da rausarbeiten.

SWR: Schauen wir konkret auf Hotellerie, Gastronomie, die haben alle Hygienekonzepte, dürfen aber nicht arbeiten. Dieselben Menschen, die nicht essen gehen dürfen, sollen sich aber in volle Busse, Straßenbahnen und U-Bahnen drängen, um zur Arbeit zu fahren. Das ist doch nicht schlüssig.

R.B.: Ja, also ich habe auch immer gesagt, die große Währung im Bereich der Pandemie, der Infektionsbekämpfung ist Kontakte reduzieren, und ich habe jetzt drei Bereiche, wo ich das machen kann: Ich habe den Bereich Arbeit und Wirtschaft. Ich glaube, das ist nicht klug, wenn wir damit anfangen, weil davon leben wir auch alle. Wir haben den zweiten Bereich: Schule und Kita. Und ich glaube es ist auch nicht klug, jetzt mal sofort alle Schulen und Kitas zuzumachen, weil wir auch im Frühjahr gesehen haben, welche enorme Belastung das auch ist, nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Familien. Und dann gibt es den dritten Bereich und das ist der Bereich Freizeit. Aber wenn ich in keinem dieser drei Bereiche signifikant reduziere, dann kriege ich keine Kontaktreduzierung hin. Und deswegen haben wir gesagt, dass dieser Bereich Freizeit jetzt der Bereich ist, wo reduziert wird, dass im Bereich Schule und Kita nur dann reduziert wird, wenn die Zahlen wirklich sehr, sehr hoch gehen und dass wir versuchen, diesen Bereich Wirtschaft, das heißt die Fabriken und die Büros, wenn es kein Homeoffice ist, entsprechend offen zu halten. Das ist ein sehr, sehr schlüssiges Konzept.

SWR: Der Einzelhandel sorgt sich, dass er nun völlig abgehängt wird, der Online-Handel weiter zulegt. Brauchen wir mehr verkaufsoffene Sonntage, wie Wirtschaftsminister Altmaier sie vorschlägt? Ist das eine Lösung?

R.B.: Also wir müssen uns zumindest überlegen, wie wir den Einzelhandel stärken. Der hatte ja auch schon in den Innenstädten vor Corona erhebliche Probleme im Wettbewerb mit Amazon und anderen Internet- und Online-Plattformen. Und das ist jetzt natürlich verstärkt worden, weil viele Leute auch übrigens ganz, ganz selbstständig, ohne dass es irgendjemand vorschreibt, sagen: Also, wir bleiben mal lieber einmal mehr zuhause, als dass wir in die Innenstädte gehen. Und das ist eine Herausforderung. Der müssen wir lokal begegnen, durch eine gute Kommunalpolitik. Aber wir müssen auch schauen, wie wir es dem Einzelhandel entsprechend einfacher machen. Ich weiß nicht, ob das jetzt verantwortlich ist, im Dezember die Innenstädte sonntags noch vollzumachen. Aber mich hat es schon betrübt, dass insbesondere Verdi das strikt abgelehnt hat, im November, im Oktober, als es noch gegangen wäre, auch gerade dem mittelständischen Einzelhandel zu helfen, und da wirklich mit einer Flut von Prozessen gegen vorgegangen ist. Das war nicht sonderlich solidarisch von Verdi und da müssen wir auch noch einmal mit denen darüber sprechen.

SWR: Herr Brinkhaus, Corona ist ja nicht nur eine gesundheitliche Herausforderung, sondern auch eine große finanzielle. Der Bund gewährt großzügige Hilfen, die gerade auch noch ein ums andere Mal verlängert, aufgestockt werden, weil ja auch die Corona-Beschränkungen verlängert werden. Damit verschuldet sich der Bund in Rekordhöhe. Leben wir nicht inzwischen schon längst von der Substanz des Staates?

R.B.: Also erstmal hätte ich mich gefreut, wenn die Länder mindestens genauso viel an Hilfen bezahlen würden. Das tun sie nämlich nicht.

SWR: Das ist den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern ja am Ende egal.

R.B.: Naja, aber wir haben momentan die Situation, dass es den Länderhaushalten relativ gut geht und die Verschuldung allein beim Bund landet, oder im Wesentlichen beim Bund landet. Und das ist nicht gut. Ich habe das auch mehrfach gesagt, dass es auch für uns nur schwer zu akzeptieren ist, dass Ministerpräsidenten zusammen mit der Bundesregierung Beschlüsse treffen, die Rechnung aber dann dem Deutschen Bundestag als Haushaltsgesetzgeber vorgelegt wird. Und ich glaube mal, da brauchen wir auch einen neuen Herangang an die Dinge. So und jetzt zum Thema Verschuldung: Ja, die Verschuldung ist hoch, das muss auch schnell wieder gestoppt werden. Aber ich glaube mal, der Hintergrund von dieser Verschuldung ist, dass wir versuchen, bestehende Strukturen in die Nach-Corona-Zeit zu retten. Das heißt, natürlich können wir viele Unternehmen Pleite gehen lassen. Aber das nützt ja nichts, weil die Menschen brauchen auch nachher wieder Autos, sie wollen nachher wieder Essen gehen. Und dann wieder alles neu aufzubauen, das geht nicht und wäre übrigens auch unfair gegenüber den Beschäftigten dort und gegenüber den Unternehmerinnen und Unternehmern. Und dafür setzen wir meines Erachtens zurecht viel Geld ein. Ich glaube es ist auch zu Recht, dass wir das Geld für Kurzarbeitergeld einsetzen, damit Leute halt nicht entlassen werden, sondern wenn die Wirtschaft wieder anspringt, auch schnell wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können. Wir müssen nur aufpassen, dass das kein Dauerzustand wird, denn Schulden sind ein süßes Gift. Und wenn man irgendwo dieses Korrektiv, dieses disziplinierende Korrektiv der schwarzen Null nicht mehr hat, dann stehen auf einmal sehr viele Leute vor der Tür des Fraktionsvorsitzenden oder des haushaltspolitischen Sprechers und haben dann den Wunsch und sagen, naja auf die Million kommt es ja jetzt auch nicht mehr an. Und wenn das erstmal ins Rutschen gekommen ist, dann kriegen sie keine Haushaltsdisziplin mehr hin.

SWR: Zum 1. Januar, Herr Brinkhaus, greifen wieder die alten, höheren Mehrwertsteuersätze. Ökonomen bezweifeln eine positive Wirkung der Absenkung für ein paar Monate. Wem hat denn das jetzt wirklich was gebracht?

R.B.: Ja also zumindest ist es so, also, dass mehr Geld in den Taschen der Verbraucherinnen und Verbraucher, teilweise auch mehr Geld in den Unternehmen geblieben ist, die ja auch alle arg gebeutelt sind. Es gibt schon bestimmte Bereiche, hochwertige Konsumgüter, wo ja auch momentan die Nachfrage ganz gut ist. Aber das ist eine temporäre Sache. Die muss jetzt zum 31.12. auslaufen.

SWR: Aber wir reden über ein 20 Milliarden Euro Steuergeschenk. Das kostet die Mehrwertsteuersenkung für ein halbes Jahr. Davon profitieren Privatleute, die entweder genug Geld haben. Die anderen, die gar nicht so viel Geld haben, bei denen zahlt sich das positiv nur aus in Form von ein paar Cent-Beträgen beim Wocheneinkauf. Also so gesehen war das doch eigentlich ein Schuss in den Ofen.

R.B.: Also erstmal bin ich immer sehr vorsichtig, von einem Steuergeschenk zu reden. Weil es ist ja nicht so, dass die Steuern von niemandem gezahlt werden. Es ist der Steuerzahler, also der Staat, die Gemeinschaft, nimmt was vom Steuerzahler. Und wenn dann ein bisschen zurückfließt, dann von einem Geschenk zu sprechen, das halte ich für problematisch.

SWR: Aber es profitieren Leute, die eigentlich genug Geld haben.

R.B.: Es profitieren auch Leute, die zum Beispiel Waschmaschinen oder Küchen bauen oder Autos bauen. Und das sind dann in der Regel die Leute, die nicht so viel Geld haben. Und das bringt dann auch den Wirtschaftskreislauf wieder in den Gang.